

Medienmitteilung

Berner Kiesbranche erfreut über Entscheid des Grossen Rats

Rubigen, 26. März 2018 – **Der Grosse Rat des Kantons Bern hat heute entschieden, dem Begehren des kantonalen Kies- und Betonverbands KSE Bern bezüglich Einsichtnahme in den Bericht «Sonderprüfung 2017 über das Kies- und Deponiewesen» der Finanzkontrolle in eingeschränkter Form nachzukommen. Damit sind endlich die Voraussetzungen für eine faktenbasierte Diskussion um die Kiesversorgung im Kanton Bern gegeben. Nach erfolgter Einsichtnahme und sorgfältiger Prüfung wird der KSE Bern zu den erhobenen Vorwürfen Stellung beziehen.**

Seit Monaten findet im Kanton Bern eine unfaire Vorverurteilung und eine Hetzjagd auf die Kiesbranche statt, ohne dass der Branche die Quelle der Vorwürfe zur Verfügung steht. Medien zitierten Inhalte aus einem geheimen Bericht der Finanzkontrolle und im Grossrat wurde eine allein auf der Medienberichterstattung basierende, tendenziöse Politik gemacht. Der KSE Bern konnte als Vertreter der angeschuldigten Unternehmen in Unkenntnis der effektiven Berichtsinhalte keine Stellung dazu nehmen.

Das Parlament zeigt Einsicht

Der Grosse Rat hat heute diese unfaire Gegebenheit anerkannt und folgerichtig dem Einsichtsgesuch des KSE Bern teilweise stattgegeben. Der KSE Bern ist erfreut, dass die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit wieder hergestellt sind. Dadurch kann die Branche zu den erhobenen rufschädigenden Vorwürfen auf Basis der Berichtsinhalte Stellung beziehen und sich objektiv und konstruktiv in die Debatte um die Kiesversorgung und das Deponiewesen einbringen.

Eine funktionierende Rohstoffversorgung ist für den Kanton Bern wichtig

Der Verband hofft, dass er nun einen wesentlichen Beitrag leisten kann, damit die in den vergangenen Monaten einseitig und emotional geführte Diskussion sachlicher wird. Die Rohstoffversorgung und genügend Deponieraum sind für die Wirtschaft im Kanton Bern wichtig. Es braucht ein Miteinander von Verwaltung, Politik und Branchenexpertise. Ansonsten setzt Bern seinen kantonalen Standortvorteil bezüglich Kies- und Deponiewesen unnötig aufs Spiel. Das schadet nicht nur der Branche, sondern auch der gesamten Bauwirtschaft, dem Wirtschaftsstandort Bern und somit allen Bernerinnen und Bernern. Der Verband wird sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die sachrichtigen Massnahmen getroffen werden und der Kanton auch in Zukunft auf eine funktionierende Rohstoffversorgung zählen kann.

MEDIENKONTAKT:

Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern, Tel. 079 614 97 04